

V3 Geschlechtergerechte Lausitz: Für einen feministischen Strukturwandel als Modell

Antragsteller*in: Merle Spellerberg (KV Dresden)

Tagesordnungspunkt: 14. Verschiedenes

Antragstext

1 Strukturwandel in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier muss so gestaltet
2 werden, dass er für alle gerecht ist und dass aus den (ehemaligen) Kohleregionen
3 auch wirklich Zukunftsregionen werden können. Fest steht: Die Region steckt
4 mitten in einer tiefgreifende Veränderung: wirtschaftlich, sozial und mit Blick
5 auf die Infrastruktur. Alle Bereiche der Gesellschaft sind betroffen:
6 Arbeitsplätze, Wohnraum, öffentlicher Nahverkehr, Kitaplätze, aber auch Kunst,
7 Kultur, Zivilgesellschaft.

8
9 Das ist eine Herausforderung, erst recht in einer Zeit, die sich für die
10 Menschen ohnehin schon unsicher anfühlt. Es ist aber auch eine Riesenchance:
11 Denn jetzt können wir politisch und wirtschaftlich die Weichen stellen, dass
12 hier zu leben auch in Zukunft wirtschaftlich, sozial, demographisch und
13 kulturell den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Wichtig ist, und nur dann
14 ist es nachhaltig, dass alle von den Strukturwandelmaßnahmen profitieren und
15 dass es gerecht für alle, insbesondere auch für strukturell benachteiligte
16 Gruppen, ist. Gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie als Staatsziel im
17 Grundgesetz formuliert sind, sind auch und gerade in Transformationsprozessen
18 die Zielstellung. Dafür muss auch und vor allem eine Geschlechtergerechtigkeits-
19 Perspektive eingenommen werden.

20 Die Art, wie Strukturwandelprojekte aktuell konzipiert, ausgewählt und umgesetzt
21 werden, dient nicht dazu Geschlechtergerechtigkeit oder Feminismus
22 voranzubringen. Die öffentlichen Gelder für den Strukturwandel kommen häufig bei
23 Frauen nicht an. Bei der Vergabe von Fördermitteln werden ihre Interessen nicht
24 ausreichend beachtet. Und das, obwohl nach InvKG Artikel 1 §4 Abs. 3 bei den
25 geförderten Vorhaben sowohl die demografische Entwicklung als auch die
26 Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie
27 berücksichtigt werden sollen.

28 Dabei können wir uns die fehlende Geschlechter- und Diversitätsperspektive gar
29 nicht leisten. Viele, vor allem gut ausgebildete Frauen, wandern bereits heute
30 aus der Region ab, oder kommen nach der Ausbildung nicht zurück. Eine
31 Wirtschaftsförderung, die nur traditionelle Jobs im Bergbau und in der Industrie
32 schafft, ist zu einseitig. Es fehlen zum Beispiel gut bezahlte Jobs in der
33 Kreativwirtschaft. Oder Frauen, die zurückkehren, arbeiten in Jobs, für die sie
34 eigentlich überqualifiziert sind. So geht Innovationspotenzial von Frauen
35 verloren. Überspitzt formuliert ist die Lausitz ein demographisches
36 Katastrophengebiet. Diese Dynamik wird sich nicht mehr umfänglich aufhalten
37 lassen, daher ist es umso wichtiger, die Frage zu adressieren, wie
38 Geschlechtergerechtigkeit in diesem Ungleichgewicht hergestellt werden kann.
39 Weiterhin darf der Aspekt des Wegzuges von Frauen nicht alleine auf Demographie
40 verengt werden.

41 Ohne sichere Zukunftsaussichten wird die Familienplanung junger Menschen
42 erschwert. Die Gesellschaft überaltert. Es fehlt an kulturellen und
43 gemeinwohlorientierten Angeboten, die das Leben in der Region insgesamt

44 attraktiver machen. Frauen engagieren sich auch besonders oft, zum Beispiel in
45 Demokratieprojekten und vor allem direkt vor Ort. Mit weniger Frauen wird
46 solches Engagement geschwächt. Das kann dazu führen, dass
47 Demokratiefeindlichkeit und Rassismus sich mehr ausbreiten.

48 Wichtig ist, mithilfe einer feministischen Perspektive den Blick auch auf andere
49 benachteiligte Gruppen zu richten. Die beschriebenen Effekte von Ungleichheit
50 wirken sich auch auf die Lebensrealität von armutsbetroffenen Menschen, Menschen
51 mit Migrationsbiographie, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, queere
52 Menschen, Kinder und Jugendliche aus. Besonders zu nennen ist in der Lausitz
53 auch das sorbische Volk, da der Kohleabbau für die Sorb:innen tiefe Narben
54 hinterlassen hat. Der expansive Kohleabbau bedeutete in der Region, dass Dörfer
55 verschwanden, und damit Gemeinschaft, Kultur und Sprache verloren gegangen sind.

56 Die beschriebenen strukturellen Ungleichheiten lassen sich nur mit einem
57 feministischen Strukturwandel auflösen. Denn mit diesem Blickwinkel können die
58 Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur auf eine Weise neu geordnet werden, die
59 die strukturellen Ungleichheiten benachteiligter Gruppen und die
60 unterschiedlichen Lebensrealitäten der Geschlechter mitdenkt. Nur ein
61 feministischer Ansatz im Strukturwandel bringt umfassende soziale Gerechtigkeit,
62 indem er sich bewusst für die Entwicklung nachhaltiger Lebenschancen für alle in
63 der Region einsetzt. Ohne eine starke feministische Perspektive auf
64 Strukturwandelprojekte wird es in dieser Transformation keine
65 Geschlechtergerechtigkeit geben und der Strukturwandel in der Lausitz nicht
66 gelingen.

67 Die vielfältigen Fraueninitiativen in der Lausitz, das Bündnis der kommunalen
68 Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz und das Netzwerk „F wie Kraft“ haben
69 bereits Pionierarbeit im Themenfeld Gleichstellung und Strukturwandel geleistet
70 haben, unterstützen wir ausdrücklich. Die folgenden Forderungen greifen Ideen
71 und Vorarbeit des Bündnisses auf:

72 Um Strukturwandel in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier zukünftig sozial
73 gerecht zu gestalten fordern wir

- 74 • Institutionen und Gremien, die Entscheidungen über die Vergabe von
75 Strukturwandelfördermitteln im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes
76 treffen, paritätisch zu besetzen, um zu gewährleisten, dass die Vergabe
77 von Fördergeldern geschlechtersensibel verläuft.
- 78 • Gleichstellungsaspekte bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen (Gender
79 Budgeting) und die Vergabe von Strukturfördermitteln neben ökologischen
80 auch an Kriterien der Förderung von Geschlechter- und sozialer
81 Gerechtigkeit zu koppeln (bei der STARK-Richtlinie gibt es etwa die neue
82 Möglichkeit, auch Unternehmen zu fördern). Dies gilt auch für zukünftige
83 Förderprogramme von Land, Bund und Europäischer Union – sie müssen so
84 eingesetzt werden, dass sie feministischen Kriterien genügen. Bei
85 Gesetzgebungsprozessen müssen die unterschiedlichen Auswirkungen auf
86 Männer und Frauen in den Blick (Gender Mainstreaming) genommen und
87 evaluiert werden.
- 88 • die Einrichtung einer Fachstelle Geschlechtergerechtigkeit in der Lausitz,
89 die die Aufgaben Monitoring, Beratung, Wissensbündelung, Evaluierung sowie

- 90 den Aufbau von Unterstützungsstrukturen und Beratung für die Akteur:innen
91 vor Ort hat und eigenständig in der Region arbeiten kann. Für eine solide
92 Evaluierung braucht es Daten: Gleichstellungsfragen müssen bei
93 Evaluation/Monitoring Teil des Indikatorensets sein.
- 94 • Möglichkeiten von Partizipation und Einspruchsmöglichkeiten bei der
95 Strukturmittelvergabe für die Zivilgesellschaft zu schaffen; dafür müssen
96 Informationen verständlich, zugänglich und transparent sein und
97 niederschwellige Beteiligungsformate angeboten werden.
 - 98 • die kommunalen Gleichstellungsbeauftragte weiter zu stärken und sie mit
99 echten Handlungs- und Entscheidungskompetenzen auszustatten; bereits
100 vorhandene Strukturen, die von Frauen aufgebaut wurden, wie z.B. das
101 Bündnis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz müssen bei
102 der strukturellen Organisation von Ressourcenflüssen eng in
103 Entscheidungsprozesse eingebunden werden.
 - 104 • sich auf kommunaler und Landesebenen für Bleibe- und Rückkehrperspektiven
105 in der Region einzusetzen; dafür braucht es gut bezahlte und flexible
106 Arbeitsplätze, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt
107 ermöglichen, und eine gute Daseinsvorsorge mit bezahlbaren Wohnraum mit
108 ausreichenden Angeboten der Kinderbetreuung, Bildung/Weiterbildung,
109 Gesundheitsversorgung, Freizeitgestaltung, Kultur und Engagement. Auch
110 eine Willkommenskultur für Zugezogene gehört dazu.
 - 111 • sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheit und Pflege
112 einzusetzen – hier ist der Frauenanteil und auch der Anteil von Menschen
113 mit Migrationsgeschichte besonders hoch und sie leisten einen
114 unerlässlichen Beitrag zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.
 - 115 • gezielt Infrastrukturprojekte zu fördern, die die Bedürfnisse von Frauen
116 und benachteiligten Gruppen – z.B. Kinder, älteren Menschen oder Menschen
117 mit Behinderungen – in den Vordergrund stellen, u.a. durch den Ausbau des
118 ÖPNV („letzte Meile“, Schulbusverkehr, barrierefreier Ausbau der
119 Verkehrsinfrastruktur)
 - 120 • Akteur:innen, Bündnisse und Netzwerke vor Ort, die sich
121 zivilgesellschaftlich, z.B. in Demokratieprojekten engagieren, besser zu
122 unterstützen. Das ist unerlässlich, um zum einen antidemokratische und
123 antifeministische Backlashs zu bekämpfen, und zum anderen ist Ehrenamt
124 auch ein regionaler Attraktivitätsfaktor: Wer sich engagiert, bleibt.
125 Hierzu zählt auch die gesicherte Finanzierung zivilgesellschaftlichen
126 Engagements.

Begründung

Die Lausitz wird als Modellregion überregional und aus ganz Europa beobachtet. Was hier im Zuge des Transformationsprozesses von einer ehemaligen Kohle- zur Zukunftsregion passiert und ob es gelingt, ist von Interesse für alle Regionen in Europa, denen auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Wirtschaft und Lebensweise ein ähnlicher Transformationsprozess bevorsteht. Die nächsten Strukturwandelregionen werden die Automobilregionen sein. Daher ist es wichtig, aus den hier gemachten Erfahrungen der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung des Strukturwandels zu lernen – denn nur so kann sichergestellt werden, dass die Fördermaßnahmen und -projekte auch zielgerichtet zum Wohle der Regionen und vor allem der darin heute und morgen lebenden Menschen eingesetzt werden.

Veränderung gehört zur DNA des Ostens, bereits nach der friedlichen Revolution und Wiedervereinigung sind die Regionen in den ostdeutschen Bundesländern durch einen Strukturwandel gegangen. Dabei sind schmerzhaft Fehler gemacht worden, diese Fehler sollten nicht wiederholt werden und vor allem sollten Strukturwandelmaßnahmen so klug eingesetzt werden, dass sie nicht strukturelle Ungleichheiten aufs Neue reproduzieren.

Um eine lebenswerte Region mit gesunder Natur, guten Arbeitsplätzen, günstigem Wohnraum, passenden Mobilitätsangeboten, Teilhabechancen und Zukunftsperspektive für alle zu schaffen und weiterhin attraktiv zu halten, braucht es eine feministische Perspektive auf Strukturwandel. Nur ein feministischer Ansatz im Strukturwandel bringt umfassende soziale Gerechtigkeit, indem er sich bewusst für die Entwicklung nachhaltiger Lebenschancen für alle in der Region einsetzt.

Unterstützer*innen

Dr. Gesine Märtens (KV Leipzig); Claudia Creutzburg (KV Dresden); Carolin Renner (KV Görlitz)